

Räte sollen Nebeneinkünfte offenlegen

Grosser Rat Parlament überweist Postulat der SP-Rätin Nadine Masshardt

VON BRUNO UTZ

«Transparenz ist in einer Demokratie zentral. Sie schadet niemandem und tut niemandem weh, denn wir haben ja nichts zu verbergen.» So warb Nadine Masshardt (SP/Bern) gestern im Grossen Rat für ihren Vorstoss. Darin fordert die Ex-Langenthalerin, dass die Grossräte und -rätinnen künftig ihre Einkünfte aus Interessenbindungen offenzulegen haben. Heikel würden Mandate dann, wenn Geld fliesse und eine gewisse Abhängigkeit entstehe. Masshardt folgte dem Antrag des grossrätlichen Büros und wandelte ihre Motion in ein Postulat. Das Anliegen könne im Rahmen der ohnehin laufenden Totalrevision des Parlamentsrechts geprüft werden.

Doch auch das Postulat stiess auf Widerstand: Namens der BDP-Fraktion sagte Dieter Widmer (Wanzwil), die bestehenden Vorschriften zur Offenlegung der Interessenbindungen genügen und entsprächen dem schweizerischen Standard. «Weiter zu gehen, wäre eine unnötige Pioniertat.» Auch die SVP erachte dies als unangebracht, sagte deren Sprecher Hugo Kummer (Burgdorf).

Sukkurs durch die FDP

Zu einem anderen Schluss kam die FDP-Fraktion: «Wir haben nichts zu verbergen und haben deshalb keine Angst vor einer Offenlegung», sagte Chef Adrian Kneubühler (Nidau). Zudem interessiere die Freisinnigen schon lange, welche Gelder auf rot-grüner Seite fliessen würden. Schliesslich sei die FDP überzeugt, dass die grossrätliche Kommission akzeptable Umsetzungsvorschläge «und keinen grossen Mist» präsentieren

«Wir sind sicher, dass die Kommission keinen grossen Mist präsentieren wird.»

Adrian Kneubühler, FDP/Nidau



Flankiert von Markus Meyer (I.) und Adrian Wüthrich freut sich Nadine Masshardt über ihren Erfolg.

UZ

werde. Unterstützung kündigte auch der EDU-Fraktionspräsident Alfred Schneider (Thierachern) an: «Das politische Gschpüri und unser Gerechtigkeitsempfinden sprechen dafür.» Ins gleiche Horn sties auch die Sprecher von EVP, SP und Grünen. Hans Kipfer (EVP/Thun) sagte, gleichzeitig solle die Kommission auch die Ausstandsregelung überprüfen. Harald Jenk (SP/Liebfeld) verglich die gefor-

derte Transparenz bezüglich der Nebeneinkünfte mit der Warendeclaration von Lebensmitteln: «Die Wählerinnen und Wähler sollten nicht schlechter gestellt sein als die Käufer eines Joghurts in einem Laden.»

Auf nationaler Ebene JSVP im Boot

Vor der Abstimmung verwies Masshardt auf gleichlautende Bestrebungen auf nationaler Ebene. Explizit verwies sie dabei auf die von Nationalrat Lukas Reimann (JSVP) lancierte Volksinitiative: «Unser Anliegen ist kein parteipolitisches, sondern ein demokratiepolitisches. Wir sind un-

seren Wählern Transparenz schuldig.» Wie genau die Umsetzung erfolgen soll, kläre die Kommission. Masshardt: «Mir geht es nicht darum, dass gewählte Parlamentarier künftig den Lohnausweis vorlegen müssen.»

Mit 81 zu 59 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwies der Grosse Rat das Postulat. Laut Kommissionspräsident Christoph Stalder (FDP/Bern) wird das Kantonsparlament im Januar (1. Lesung) und Juni 2013 (2. Lesung) über das neue Parlamentsrecht debattieren können. Gelten sollen die neuen Regeln ab Beginn der nächsten Legislatur im Juni 2014.

Kommentar

von Bruno Utz



Transparenz schafft Vertrauen

■ Bernische Grossräte sind seit einigen Jahren dazu verpflichtet, Leitungs- und Beratungsmandate sowie Mitgliedschaften in Unternehmen, Anstalten und Stiftungen öffentlich zu machen. Transparenz bezüglich der so genannten Interessenbindungen ist jedoch erst eine Seite der Medaille. Die andere ist Transparenz bezüglich der Einkünfte aus solchen Mandaten und Mitgliedschaften.

Der Grosse Rat hat mit der Überweisung des Postulats Masshardt einen wichtigen Schritt getan, um Licht in das Einkommensdunkel

vieler Parlamentarier zu bringen. Primär interessiert nicht der hauptberufliche Verdienst, sondern die Nebeneinkünfte. Dass sich die sonst so volksverbundenen Fraktionen von SVP und BDP gegen die Prüfung des Anliegens gestäub haben, überrascht: Die Stimmbürgerinnen und -bürger haben nämlich ein Recht, zu wissen, weshalb ein mit Beratermandaten gut verdienender Parlamentarier diese oder jene Meinung vertritt. Transparenz schafft Übersicht und Vertrauen.

bruno.utz@azmedien.ch

■ BINDUNGEN: MEYER VOR FUCHS UND MOSER

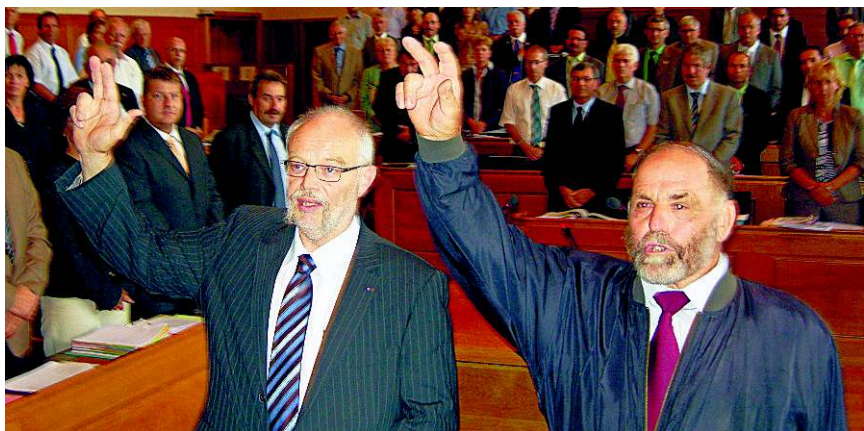
Stand Juni 2011 verfügten gemäss dem im Internet einsehbaren **Register über Interessenbindungen** 150 der 160 Grossrätinnen und -räte über Interessenbindungen. Spitzenreiter ist mit 25 Mandanten und Mitgliedschaften der Roggwiler Markus Meyer (SP). Er sitzt in 14 Verwaltungsräten, in sechs davon ist er Präsident.

Auf den nächsten Plätzen folgen der SVP-Grossrat und Nationalrat Thomas Fuchs (Bern, 23 Mitgliedschaften) sowie Peter Moser (FDP/Biel/16).

Während der Volksparteiler in keinem Verwaltungsrat engagiert ist, gehört der Bieler gleich neun strategischen Führungsorganisationen an. In acht Verwaltungsräten ist Moser gar Präsident.

Die nächsten Plätze gehören Grossratspräsident Beat Giaque (FDP/Ittigen) und Nadine Masshardt (SP/Bern) mit je 15 Mitgliedschaften. Es folgen Mathias Tromp (BDP/Bern/14) sowie Thomas Rufener (SVP/Langenthal) und Adrian Wüthrich (SP (Huttwil) mit je 13 Mitgliedschaften.

Die Liste der Fraktionspräsidenten führt Peter Brand (SVP/Münchenbuchsee) mit sieben Interessenbindungen an gefolgt von Margreth Schär (SP/Lyss) und Adrian Kneubühler (FDP/Nidau) mit je fünf Bindungen. **Christine Häslar (Grüne/Burglaunenen), Niklaus Gfeller (EVP/Worb) und Alfred Schneider (EDU/Thierachern) sind in je vier Gremien engagiert;** Dieter Widmer (BDP/Wanzwil) in drei und die Präsidentin der GLP/CVP-Fraktion, Franziska Schöni (GLP/Bremgarten), in keinem. (UZ)



BRUNO UTZ

Schori und Trachsel legen den Eid ab

Zu Beginn der Legislatur im Juni 2006 war er Alterspräsident, im März 2010 wurde er abgewählt und gestern als Nachrücker für den aus dem Rat ausgeschiedenen Paul Messerli (Kirchdorf) wieder

vereidigt: Die Rede ist vom 71-jährigen Peter Schori (SVP/Spiegel). Ebenfalls vereidigt wurde Hans-Ulrich Trachsel (EDU/Reichenbach). Er ersetzt den zurückgetretenen Erwin Burn aus Adelboden. (UZ)

Einfachere Variantenabstimmungen

Grosser Rat Der Kanton Bern will prüfen, ob und allenfalls wie Variantenabstimmungen für die Stimmberechtigten vereinfacht werden können. Das Kantonsparlament hat gestern zwei entsprechende Postulate überwiesen. Diese Forderungen werden nun im Rahmen der laufenden Revision des Gesetzes über die politischen Rechte geprüft.

Bei den Variantenabstimmungen sei es immer wieder zu nicht nachvollziehbaren Resultaten und offenkundigen Unsicherheiten bei den Stimmberechtigten gekommen, sagte Postulantin Flavia Wasserfallen (SP/Bern). Dieter Widmer (BDP/Wanzwil), der zweite Postulant, verwies auf die umstrittene Motorfahrzeugsteuer-Abstimmung, bei der über 20 000 Stimmberechtigte die Stich-

frage nicht ausgefüllt haben. Da sei es sicher richtig, wenn sich die Regierung bei der laufenden Gesetzesrevision Gedanken mache, ob und was man allenfalls verbessern könnte.

Gegen die beiden Postulate wehrte sich einzig die SVP. «Wir haben Wichtigeres zu tun im Kanton», sagte Andreas Blank (Aarberg) namens seiner Partei.

Staatsschreiber Kurt Nuspliger erklärte, die Regierung werde diese Fragen auf Gesetzesebene prüfen. Dabei werde es vornehmlich um Feinkorrekturen gehen.

Eine Verfassungsänderung, etwa um die Stichfrage abzuschaffen, komme für den Regierungsrat aber kaum infrage. Das Kantonsparlament überwies die beiden Postulate mit deutlichem Mehr. (SDA/UZ)

100 Millionen für Tram-Garage

Bern Nach rund anderthalb Jahren Bauzeit ist gestern der Bolligenstrasse das neue, fast 100 Millionen Franken teure Tramdepot von Bernmobil eröffnet worden. Das rund zwei Fussballfelder grosse Gebäude bietet Platz für 28 Trams von 42 Meter Länge. Berns städtische Verkehrsbetriebe schaffen mit dem neuen Tramdepot einerseits den nötigen Platz für die zusätzlichen Trams, die seit Dezember des vergangenen Jahres nach Bern West fahren. Die Tramflotte von Bernmobil wuchs in den letzten Jahren um 14 Züge an, wie Direktor René Schmied an der Eröffnung sagte. Andererseits ersetzt die neue Tramgarage das jetzige Tramdepot Burgernziel, wo die Stadt Bern Wohn- und Gewerberaum schaffen will. Das neue Gebäude mit Glas- und Aluminiumverkleidung weist auch eine Photovoltaikanlage auf, die Strom für rund 60 Haushalte produziert, und braucht wegen der guten Gebäudehülle keine Raumheizung. Das Areal ist gross genug, um weitere Fahrzeuge aufzunehmen. (SDA)

In 80 Tagen durch Bern

«Starke Familien, KMU entlasten»

Susanne Meierhans (CVP)

ist PR-Fachfrau und arbeitet im Bundesamt für Verkehr. Die 48-Jährige hat drei erwachsene Kinder, fährt Töff und politisiert im Grossen Gemeinderat Zollikofen.



WAHLEN 2011

Frau Meierhans, wofür engagieren Sie sich politisch?

Susanne Meierhans: Seit Jahren setze ich mich für starke Familien ein. Ich will faire Arbeitsbedingungen respektive gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frau und Mann. Und KMU sollen endlich von der immensen Bürokratie entlastet werden.

Wie viel Wahlkampf «leisten» Sie sich, Frau Meierhans?

Viele Stunden persönlichen Einsatz. Das Budget ist sehr beschränkt.

Wo möchten Sie unbedingt noch einmal hingehen?

Zu Fuss, mit dem Postauto, auf zwei oder vier Rädern ist der Frienisberg gut erreichbar. Die Natur spüren und wirken lassen, dabei lässt sich herrlich auftanken und entspannen. Und vom neuen Chutzenturm geniesst man eine herrliche Rundschau. In der Dorfbeiz in Frienisberg kann man sich erfrischen. INTERVIEW: SAMUEL THOMI

Wahlserie Tag 34 Bis zum 23. Oktober präsentiert das az Langenthaler Tagblatt täglich eine ausgeloste neue Nationalratskandidatin und ihr liebstes Reiseziel vor der Haustür.

Reisetipp Zollikofen



Erreichbar ist der Frienisberg (frienisberg-tourismus.ch) aus dem Oberaargau per Auto in einer Stunde (öV: via Bern 1½ Std.). «Dank» Sturm «Lothar» ist der Chutzen neu höchster Aussichtspunkt; er hat seit 2010 auch einen von 15 Gemeinden und 5 Burgergemeinden erstellten Turm (chutzen-turm.ch). (SAT)